

POLITIK

TERMIN DES TAGES

Höchst renommiert: Heute werden die Nobelpreise in der schwedischen Hauptstadt Stockholm übergeben. Die Zeremonie findet im Beisein des schwedischen Königs und seiner Familie statt. Die Preise für Chemie, Physik, Medizin, Literatur und Wirtschaft sind mit einer Million Euro dotiert.

Folgen Sie **Stefan Mair** auf Twitter

twitter.com/wk_mair



POLITIK KOMPAKT

RELIGIONSFREIHEIT

Kauder ermahnt deutsche Muslime

Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) ermahnt die Muslime in Deutschland, sich an die deutsche Rechtsordnung zu halten. „Bei uns darf jede Religion frei ausgeübt werden“, sagte Kauder der „Welt am Sonntag“. Allerdings gelte ohne Wenn und Aber das staatliche Recht. „Eine Paralleljustiz dürfen wir zum Beispiel nie dulden.“ Frauen und Männer seien gleich zu behandeln, „egal, wie man immer das islamische Recht interpretiert“, sagte der CDU-Politiker.

FINANZMINISTER

Kein Geld für Mütterrenten

Nach Einschätzung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gibt es derzeit keine Möglichkeit, die auf dem CDU-Parteitag beschlossene Besserstellung älterer Mütter in der Rente zu finanzieren. „Im Haushalt 2013 sehe ich zurzeit überhaupt keinen Spielraum“, sagte Schäuble der „Bild am Sonntag“. Als einen Grund führte er die neuen Hilfsmaßnahmen für Griechenland an: „Die Mindereinnahme von rund 700 Millionen Euro durch die Senkung der Zinsen beim ersten Griechenland-Paket ist nur ein Element, das wir auffangen müssen.“

GRÜNE

Ex-Landeschef auf Wahlliste abgeschlagen

Der Justizexperte und frühere bayerische Landesvorsitzende der Grünen, Jerzy Montag, muss um einen erneuten Einzug in den Bundestag bangen. Auf dem Landesparteitag am Samstag in Augsburg erhielt er trotz mehrerer Anläufe nur den wenig aussichtsreichen Listenplatz 16. An der Spitze der bayerischen Grünen-Liste gibt es ebenfalls keine Verjüngung: Auf Platz eins kandidiert wie schon 2002, 2005 und 2009 die Bundesvorsitzende der Grünen Claudia Roth.

Abrechnung mit der Anstalt

Medienjournalist Hans-Peter Siebenhaar kritisiert öffentlich-rechtliche Sender

In seinem Buch „Die Nimmersatten“ beschreibt der Autor mangelnde Transparenz bei der Verwendung von Gebührengeldern. Er fordert, dass sich Politiker endlich aus den Aufsichtsgremien der Sender zurückziehen.

DIE WELT: Um was geht es Ihnen mit Ihrem Buch?

HANS-PETER SIEBENHAAR:

Die Moderatoren von ARD und ZDF wie Günther Jauch oder Markus Lanz sind Großverdiener im öffentlich-rechtlichen System. Sie verdienen doppelt – als Moderator und Produzent. Der angesehene SPD-Politiker Henning Scherf kritisierte, dass Jauch im Ersten ein Vielfaches dessen einstreicht, was die Bundeskanzlerin verdient. Warum dürfen die Bürger nicht erfahren, wie viel Geld beispielsweise Günther Jauch und Markus Lanz von ARD und ZDF einnehmen?

Sie kritisieren Verschwendung der Gebühren, Erfolglosigkeit der Programme und politische Hörigkeit der Sender gegenüber den Parteien. Welche Gründe sehen Sie dafür?

ARD/ZDF und die Parteien leben in einer Symbiose. Die Anstalten sichern sich ihre Expansion durch die Politik. Und für die Politik sind die Anstalten die letzten großen Bühnen zur Selbstdarstellung. Dieses Geben und Nehmen ist die Grundursache. Die Kosten dieser Fehlentwicklung trägt ab nächstem Jahr jeder Haushalt in Deutschland. Er muss zahlen, ganz egal, ob er die Angebote im Fernsehen, Radio oder Internet braucht.

Warum wurde das so lange geduldet?

Beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind die Beiträge über Jahrzehnte nur gestiegen. Es gab noch nie eine Senkung der GEZ-Gebühr, ja nicht einmal eine



Günther Jauch verdient als Moderator und Produzent

ernsthafte Diskussion darüber. So haben die Anstalten im Gegensatz zu Unternehmen verlernt, tiefgreifende Sparanstrengungen zu unternehmen. Im Gegenteil, mit den Gebührengeldern wird leichtfertig umgegangen. Beispielsweise bezog die WDR-Intendantin Monika Piel im vergangenen Jahr ein Gehalt von 319.500 Euro, zuzüglich des zu versteuernden geldwerten Vorteils für den Dienstwagen von 22.000 Euro. Damit verdient sie sehr viel mehr als der Bundespräsident oder die Kanzlerin.

Die weitaus meisten Mitarbeiter der Öffentlich-Rechtlichen sind doch sicher bemüht, ihr Bestes zu geben. Warum reicht das nicht?

Es gibt in den Reihen der Sender selbstverständlich sehr viele Mitarbeiter, die versuchen, den Rundfunkauftrag sehr ernst zu nehmen. Doch leider haben die Intendanten über viele Jahre bürokratische Strukturen geschaffen, die Ideen, Innovation und Effizienz behindern oder gar verhindern.

Sie sagen, die Parteien müssten „rundfunkpolitisch enteignet werden“. Wie meinen Sie das?

Für mich bedeutet eine rundfunkpolitische Enteignung der Parteien ganz einfach: Parteipolitiker haben in den Aufsichtsgremien von ARD und ZDF nichts zu suchen. Sie haben in den vergangenen Jahren versagt. In den Gremien wurde kein einziger Fall von Korruption oder Vetternwirtschaft wie beim Kinderkanal, MDR oder NDR aufgedeckt.

Welche realistischen Schritte können Sie sich zur Reform von ARD und ZDF vorstellen? Oder muss das System erst vollständig kollabieren, bevor sich überhaupt etwas ändert?

Zur Senkung der Rundfunkgebühr von 17,98 Euro sind viele kleinere Schritte möglich, beispielsweise die Auflösung der GEZ in Köln, ein Stopp der Finanzierung der Landesmedienanstalten über die Rundfunkgebühr, der Verkauf der Produktionsstöcher Bavaria Film und Studio Hamburg oder die Einstellung erfolgloser Digitalkanäle. Dadurch könnten viele Hundert Millionen Euro eingespart werden. Eine Umstellung auf eine freiwillige Abgabe nach dem Modell der Kirchensteuer ist natürlich ein Ziel. Dazu braucht es einen großen Konsens.

ZUR PERSON

Der Medienjournalist Hans-Peter Siebenhaar, Jahrgang 1962, ist Politikwissenschaftler. Er promovierte zur **europäischen Medienpolitik** und ist der Medienexperte des „Handelsblatts“. 2006 gründete er den Medien-Podcast **„Bel Etag“**, 2007 den **Weblog „Mediawatcher“**.



PABLO CASTAGNOLA

Westerwelle gibt zweistelliges Ergebnis vor

Parteitag der NRW-FDP kürt Spitzenkandidaten für Bundestagswahlkampf

NEUSS – Die nordrhein-westfälische FDP zieht mit Außenminister Guido Westerwelle und Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr an der Spitze in den Bundestagswahlkampf.

Westerwelle gab für seinen Landesverband ein hohes Wahlziel vor. Er kämpfe für ein zweistelliges Wahlergebnis. Der NRW-Parteichef Chris-



Guido Westerwelle

tian Lindner rief seinen Landesverband zu einem entschlossenen Bundestagswahlkampf auf. So wie die NRW-FDP bei der Landtagswahl schlechte Umfragetrends gebrochen habe, komme es auch im Bund auf sie an. Er warnte die Union, sich bei den Grünen anzubiedern. Wer mit den Grünen „partele“, schwäche die Uni-

on und bringe Rot-Grün in die Regierung. Es ist dann Außenminister Guido Westerwelle, der seinem früheren Generalsekretär Lindner, stellvertretend für die Partei, demonstrativ großen Respekt zollt. Lindner habe den Erfolg der Landtagswahl an alle abgegeben. Man werde im Bundestagswahlkampf „viel von der Kraft einsetzen“, welche die NRW-FDP besitze. Lindner selbst hat die Karriereoption

Berlin vorläufig verworfen und kann umso leichter mit seiner eigenen Stärke bei der vergangenen Landtagswahl wuchern. „Wir haben gekämpft, klar in der Überzeugung, sicher im Stil, geschlossen im Auftreten. Die NRW-FDP ist so etwas wie der Stabilitätsanker der FDP“, sagt Lindner. Gesundheitsminister Bahr empfahl sich den Delegierten mit der Pflegereform und Abschaffung der Praxisgebühr.